



UNSERE THEMEN

Deutsche Energiewende auf dem Prüfstand

Boden wird knapp

Sonderbeilage
denk.stoff:statistik:
Atomenergie weltweit



© istockphoto.com

Gas um jeden Preis?

Österreichs Haushalte und die Wirtschaft sind – wie jene in der ganzen EU – von Öl und Gas abhängig. Dass unsere Energieimporte zum Großteil aus instabilen Regionen stammen, sollte Anlass zum Überdenken unserer Versorgungsstrategie sein.

NACH DEM STURZ von Präsident Wiktor Janukowitsch verkündete die neue ukrainische Führung, sich der Europäischen Union anzunähern und das Assoziierungsabkommen mit der EU rasch zu unterzeichnen. Russland nahm den geflüchteten Präsidenten auf und begann, die Lage in der Ukraine zu destabilisieren: Die Krim wurde von russischen Söldnern besetzt, eine Volksabstimmungsfarce inszeniert, die Schwarzmeerinsel für unabhängig erklärt und ihre Eingliederung in die Russische Föderation de facto realisiert. Die Europäische Union reagierte zögerlich und verhängte bei der Tagung der Staats- und Regierungschefs im März über 33 Personen Einreiseverbote und Kontosperrern. Weitreichendere Sanktionen wurden – aus Rücksichtnahme auf die eigenen wirtschafts- und energiepolitischen Interessen – nicht beschlossen. Die Europäische Kommission wurde beauftragt, einen Plan für die Reduktion der Energieimportabhängigkeit insbesondere von russischem Gas und Öl zu erstellen. Die Union vermied es, unüberlegt gegen ihren größten Energielieferanten vorzugehen. 36% der Gasimporte, 31% der Rohöl- und 30% der Kohleimporte nach Europa stammen aus Russland. 40% des von Russland gelieferten Gases werden über ukrainische Pipelines transportiert. Die EU hat daher ein vitales Interesse an einer stabilen Ukraine.

Durch Abhängigkeit Hände gebunden

Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland und die Energieabhängigkeit erschweren es Europa, für seine Prinzipien auf dem internationalen Parkett einzustehen und wenn

nötig auch umfangreiche Sanktionen gegen völkerrechtswidriges Vorgehen zu beschließen. Allein die deutschen Exporte nach Russland machten 2013 rund 36 Milliarden Euro aus. Der gesamteuropäische Güterexport betrug 2012 123 Milliarden Euro. Im Vergleich dazu exportierten die USA 2013 Waren im Wert von 8,1 Milliarden Euro nach Russland.

Europa hat nach der Banken- und Staatsschuldenkrise mit einem geringen Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosigkeit und einer drohenden Deflation zu kämpfen. Unter diesen Vorzeichen ist eine kontinuierliche und zuverlässige Energieversorgung ein absolutes Muss. Eine bequeme Alternative zu russischem Gas scheint allerdings nicht vorhanden zu sein. Es ist ungewiss, ob die übrigen Gas produzierenden Länder rund um und in Europa (Norwegen, Algerien, Großbritannien, Libyen) ausreichende Mengen fördern können, um die Importe aus Russland zu ersetzen. Darüber hinaus existiert zwischen diesen Staaten und der EU derzeit kein entsprechend dimensioniertes Pipelinennetz in die Union.

Eine andere Alternative für das russische Gas könnte verflüssigtes Erdgas (LNG) sein. Auf diese Variante setzt momentan Japan in großem Maßstab, um die Energie der nach Fukushima abgeschalteten Nuklearreaktoren zu kompensieren. Allerdings kostet LNG rund 40% mehr als herkömmliches Gas, da es im asiatisch-pazifischen Raum schlicht ein höheres Preisniveau aufweist. Angesichts der ohnehin schon angespannten Energiepreissituation wird daher der Ausbau der LNG-Infrastruktur – derzeit

gibt es 22 LNG-Terminals mit einer Importkapazität von 190 Milliarden Kubikmeter – nur ein Standbein von vielen sein.

Ausweg: hohe Eigenversorgung

In Anbetracht der ukrainischen Krise erscheint für den politischen Handlungsspielraum der EU eine möglichst hohe Eigenversorgung mit Energie ideal. Im Bereich fossiler Energieträger wird immer wieder für die Schiefergasförderung plädiert, da die Förderraten bei der konventionellen Gasgewinnung zusehends abnehmen. Dieses sogenannte Fracking kann jedoch massiven ökologischen Schaden anrichten und wird gleichzeitig bei weitem nicht das Volumen wie jenes in den USA erreichen. Daher gewinnen saubere Energien aus Wasser, Wind, Sonne oder Biomasse an Bedeutung. Parallel dazu sind auch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nötig, womit letztlich Arbeitsplätze in der Union geschaffen werden und die heimische Wertschöpfung steigt. Die politische Unabhängigkeit kommt als Draufgabe hinzu. Österreich nimmt bei den Erneuerbaren zwar eine Vorreiterposition ein – diese decken mehr als 70% des heimischen Strombedarfs – andererseits werden 60% der österreichischen Gasnachfrage durch Russland bedient.

Ein breit aufgestellter europäischer Energiemix mit einem besonderen Gewicht auf erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sind unter diesen Vorzeichen ein Gebot der Stunde. Ob die Anfang April 2014 von der Kommission angenommenen Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien die richtigen Signale dafür setzen werden, bleibt

abzuwarten. Ansonsten wird der Preis für die Tatenlosigkeit ein duckmäuserisches, an Bedeutung verlierendes Europa sein.

FAKTEN

GASKONSUM DER EU-28 IM JAHR 2013
462 MRD. m³
≅ BODENSEE MAL 10

GRÖSSTE ANTEILE:
33 % SELBSTVERSORGUNG
27 % RUSSLAND
23 % NORWEGEN
8 % ALGERIEN

GASKONSUM ÖSTERREICH IM JAHR 2013
8,3 MRD. m³
≅ 2,4 MIO. HEISSLUFTBALLONS

ROHÖLKNONSUM DER EU-27 IM JAHR 2012
743 MRD. L
≅ WÖRTHERRSEE

GRÖSSTE ANTEILE:
31 % RUSSLAND
26 % AFRIKA
16 % MITTLERER OSTEN
11 % NORWEGEN

ROHÖLKNONSUM ÖSTERREICH IM JAHR 2012
15 MRD. L
≅ OLYMP. SCHWIMMBECKEN MAL 6.000

EU-27 ENERGIEIMPORTABHÄNGIGKEIT IM JAHR 2011
41,4 % FESTE BRENNSTOFFE
67,0 % GAS
84,9 % ERDÖL UND ERDÖLZERZEUGNISSE
53,8 % GESAMT



ANDRÉ RUPPRECHTER
 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

1. Ist Europa 2030 atomkraftfrei?

Eine aktuelle Studie der TU Wien zeigt, dass ein atomkraftfreies Europa mit gleichzeitigem Erreichen der Klimaziele machbar ist. Mein Ziel ist ein Europa ohne Kernkraftwerke – davon müssen wir auch andere überzeugen. Bis dahin müssen wir die Sicherheit verbessern.

2. Was ist realistischer: mehr Erneuerbare oder mehr Energieeffizienz?

Angesichts der Ressourcenbegrenztheit und der dringenden Notwendigkeit CO₂-Emissionen zu reduzieren ist klar, dass eine Energiewende nur bei gleichzeitiger Forcierung der Energieeffizienz und des Einsatzes erneuerbarer Energie möglich ist. Ein zukunftsfähiges Energiesystem setzt sowohl höchstmögliche Energieeffizienz als auch die nachhaltige Nutzung regenerativer Energiequellen voraus!

3. Ist der Ausbau von Wasserkraft in Österreich noch möglich?

Wasserkraft liefert wichtige erneuerbare Energie und steht für etwa 60% der heimischen Stromerzeugung. Ich setze mich sowohl für die Aufwertung vorhandener Wasserkraftwerke, als auch für ökologisch sinnvolle zusätzliche Standorte ein. So können wir unser Energiesystem umweltgerecht ausbauen.



Strahlende Zukunft?

Österreich hat sich vor 35 Jahren gegen die Nutzung der Atomenergie entschieden. Deutschland hat den schrittweisen Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Doch viele andere Staaten sehen immer noch die Atomenergie als Zukunftstechnologie. denk.stoff macht eine Bestandsaufnahme.

IN DER EUROPÄISCHEN UNION betreiben 14 der 28 Mitgliedstaaten Nuklearkraftwerke. Die insgesamt 132 Reaktoren liefern rund 30% des in der EU produzierten Stroms. Einige dieser Staaten erwägen derzeit den Ausbau der Atomkraft, weil sie Nuklearenergie für eine leistungsstarke, emissionsarme Alternative zu Strom aus fossilen Energieträgern halten.

Allen voran forciert Großbritannien gemeinsam mit der Visegrád-Gruppe – bestehend aus Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen – den Leistungsausbau. Gleichzeitig bemüht sich die Gruppe auch um die Förderung von Nuklearenergie auf europäischer Ebene.

Kürzlich wurde die Erweiterung des Kernkraftwerks Hinkley Point in Großbritannien beschlossen und ein garantierter, inflationsangepasster Mindest-Abnahmepreis für 35 Jahre mit dem französischen Energiekonzern Électricité de France vereinbart. Inwieweit es EU-wettbewerbsrechtlich legal ist, die Differenz zum Marktpreis durch die Steuerzahler überweisen zu lassen, wird derzeit von der Kommission geprüft. Frankreich setzt schon seit Jahrzehnten auf die Kernspaltung und hat momentan den weltweit höchsten Nuklearanteil in seiner Elektrizitätserzeugung (73%). Im Gegensatz dazu hat – auf der anderen Seite des Rheins – Deutschland die „Energiewende“ eingeläutet.

Der eigentliche Boom der Atomenergie findet aber anderswo statt. Auf dem asiatischen Kontinent ist das Nuklearzeitalter gerade erst angebrochen – 57 Reaktoren sind aktuell in Bau. Allein China plant die Errichtung von 28 neuen, die Russische Föderation von 10 und Indien von 6 Reaktoren. Derzeit weist China einen Nuklearanteil von etwas über 2% an der Gesamtstromproduktion auf – das wird sich rasch ändern.

In der Beilage zu dieser Ausgabe finden Sie kompakt die wichtigsten Daten und Fakten rund um Atomkraft. Machen Sie sich ein Bild von der aktuellen Entwicklung.

Der Energieverbrauch privater Haushalte ist in Österreich von 1990 bis 2010 um

18 %
gestiegen.

VOR 18 JAHREN, verpflichtete die Europäische Kommission im Zuge der BSE-Krise Großbritannien dazu, alle Rinder, die älter als 30 Monate waren, zu schlachten und zu vernichten. Rund vier Mio. Tiere waren betroffen.

Die von der Republik Österreich übernommenen Altlasten für die Hypo Alpe Adria belaufen sich nach derzeitigen Schätzungen auf etwa **18 MILLIARDEN EURO**. Der österreichische EU-Beitrag beträgt im Vergleich dazu 2,9 Milliarden Euro.

In der afrikanischen Republik Sambia kommen auf 1000 EinwohnerInnen rund

18 PKW. Österreich hat 506 und Andorra 927 PKW je 1000 EinwohnerInnen.

RUND 18 BARREL Erdöl je 1000 EinwohnerInnen werden im Jahr im süd pazifischen Neukaledonien verbraucht, Österreich liegt bei etwa 11 Barrel und Singapur – noch vor den USA und den Golfstaaten – bei über 66 Barrel.

Mit Jahresbeginn 2014 trat Lettland als **18. LAND** der Eurozone bei.

18 ist neben Null die einzige Zahl, die dem Doppelten ihrer Quersumme entspricht.

Derzeit sind rund **18 %** der österreichischen Bevölkerung 65 Jahre oder älter.

»Ausstieg aus Kohle und Atomenergie ist machbar und ökonomisch sinnvoll.«

Die deutsche Energiewende steht immer wieder in der Kritik. Über die Kosten, den deutschen Atom-Ausstieg und notwendige begleitende Maßnahmen sprach denk.stoff mit der Wirtschaftsforscherin Claudia Kemfert.

Welche Lehren ziehen Sie aus der deutschen Energiewende?

CLAUDIA KEMFERT: Die Energiewende ist sehr wichtig, der Umstieg weg von Kohle und Atom hin zu erneuerbaren Energien ist machbar und ökonomisch wie ökologisch sinnvoll. Allerdings gibt es auch Stolpersteine. Es genügt nicht, aus der Atomenergie auszusteigen und die erneuerbaren Energien zu fördern. Wenn man nicht gleichzeitig mit weiteren klimapolitischen Instrumenten wie höheren CO₂-Preisen gegensteuert, droht die Gefahr, dass noch mehr Kohlekraftwerke gebaut werden, wie es in Deutschland derzeit der Fall ist. Zudem sollte man verstärkt auf das Energiesparen setzen, die energetische Gebäudesanierung voranbringen und im Bereich Mobilität konsequent auf Alternativen zu Öl setzen. Da sind wir erst am Anfang. Auch Österreich kann derartige Potentiale nutzen.

Deutschland zieht sich aus der Atomenergie zurück. Wodurch wird diese Strommenge ersetzt? Wie vorausschauend ist diese Strategie?

CLAUDIA KEMFERT: Die restlichen Atomkraftwerke, die derzeit noch am Netz sind, können problemlos in den kommenden Jahren vom

Netz genommen werden. Derzeit hat Deutschland einen massiven Stromangebotsüberschuss. Der Ersatz der Atomkraft erfolgt im Wesentlichen aus erneuerbaren Energien, Kraft-Wärme-Kopplung und einem auf Dezentralität ausgerichteten Stromsystem. Diese Strategie ist sehr vorausschauend, da wir uns ohnehin von fossilen Energien verabschieden und verstärkt auf innovative Energieformen und das Energiesparen setzen müssen.

Die Industrie beklagt die hohen Energiepreise in Europa. Haben mittlerweile die Energiekosten die Lohn-Stückkosten als Hauptindikator für internationale Konkurrenzfähigkeit abgelöst?

CLAUDIA KEMFERT: Nein! Die Lohnkosten sind sehr viel höher! Der Industrie geht es blendend. Sie profitiert von der Energiewende durch neue Aufträge, zudem sind die Strom-Börsenpreise so niedrig wie nie. Die Aluminiumbranche hat kürzlich öffentlich zugegeben, dass sie Profiteur der Energiewende ist. Genauso geht es anderen Branchen. Das Lamentieren über hohe Energiekosten hat weniger mit Strompreisen, als mit immer weiter steigenden Preisen für Öl und Gas zu tun. Diese schaffen aber übrigens auch mehr Anreize für Innovation und das Energiesparen.

Die beste Energie ist die, die ich nicht brauche. Was darf die Kilowattstunde Energieeinsparung kosten, um noch ökonomisch sinnvoll zu sein?

CLAUDIA KEMFERT: Die Kosten für Energieeinsparung sind in Wahrheit Investitionen, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze hervorbringen. Für jeden Einzelnen lohnen sich diese Investitionen sowieso, da Energiekosten eingespart werden, auch wenn Amortisationszeiten variieren können. Die Preise für fossile Energien werden auf jeden Fall steigen, sodass jede Investition, die den Verbrauch fossiler Energien vermindert, gut ausgegebenes Geld ist.

Gretchenfrage: Einspeisetarife oder Investitionsförderung?

CLAUDIA KEMFERT: Eindeutig Einspeisetarife. Sie schaffen mehr Planungssicherheit für Investoren, kontrollieren die Kosten, sorgen für Innovationen und haben einen entscheidenden Vorteil: Sie müssen nicht über den Staatshaushalt bewilligt werden. Im Zuge klammer öffentlicher Kassen ist das ein entscheidender Vorteil. Wenn man in Deutschland die Energiewende nur über die Investitionsförderung erreichen wollte, sie würde scheitern – an fehlender Förderung durch Sparmaßnahmen im Finanzhaushalt.



»Das Lamentieren über hohe Energiekosten hat weniger mit Strompreisen, als mit immer weiter steigenden Preisen für Öl und Gas zu tun.«

Claudia Kemfert leitet die Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Das vollständige Interview finden Sie auf www.oekosozial.at

GRUND.STOFF

Erfolgsfaktor Frau?

In Österreich gibt es viele hoch qualifizierte Frauen. Dennoch sind die Spitzenfunktionenin der Wirtschaft zum überwiegenden Teil mit Männern besetzt. Warum das ein wirtschaftliches Problem ist, erklärte die Norwegerin Marit Hoel bei der Veranstaltung „Quote, Qual und Qualität“ des Ökosozialen Forums Anfang April.

FAST 57 PROZENT der Absolventen öffentlicher Universitäten in Österreich sind Frauen und auch bei den Maturanten haben Schülerinnen mit 58 Prozent die Nase vorn. An den Unternehmensführungen im Land ist dieser Trend völlig vorbei gegangen. Die Geschäftsführungen der Top-200-Unternehmen sind zu 94 Prozent in Männerhand. Und in den Aufsichtsräten liegt der Männeranteil bei 86 Prozent.

Für Marit Hoel vom Center for Corporate Diversity in Oslo ist der geringe Anteil von Frauen in den Chefetagen eine ökonomische Frage, Gleichberechtigung ist für sie kein Argument. Innovation ist – das belegen die Erfahrungen der Nordic 500 (der größten 500 Unternehmen in den nordeuropäischen Ländern) – unmittelbar mit der Diversität der Personen in den Führungsebenen verknüpft. Sie vergleicht Diversität mit einem Eisberg: An der sichtbaren Spitze sind Kategorien wie Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft, Sprache, die an sich keine Garantie für Innovation darstellen. Jedoch sind erfolgreiche Firmen durch Diversität in den Denkprozessen, Fähigkeiten, Überzeugungen, Talenten, Werten und Perspektiven ihrer Mitarbeiter gekennzeichnet. Diese Charakteristika sind nicht sichtbar, hängen aber statistisch mit den sichtbaren Kategorien zusammen. „Für global agierende Firmen ist Diversität ein

entscheidender Erfolgsfaktor. Die norwegischen Unternehmen haben die Wirtschaftskrise auch genau deshalb schneller überwunden als andere.“ Die Vorteile einer höheren Frauenbeteiligung in den Chefetagen sieht auch Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Vorstandsvorsitzende der Austrian Power Grid: „Die Wirtschaft braucht Frauen. Es liegt aber auch an den Frauen, sich in den Kampf um Führungspositionen zu begeben. Denn es ist ein Kampf.“

In Norwegen wurde 2003 gesetzlich vorgeschrieben, dass in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen 40 Prozent Frauen sitzen müssen. Der damalige konservative Wirtschaftsminister Ansgar Gabrielsen legte den Gesetzesentwurf vor. Das Parlament stimmte mit großer Mehrheit für die entsprechende Änderung im Aktienrecht, das drastische Sanktionen vorsieht. Bei Nichterfüllen der Quote wird im Extremfall das Unternehmen aufgelöst. Zahlreiche Kommentatoren prophezeiten ein Einbrechen der norwegischen Wirtschaft, den Rückzug der Firmen von der Börse in Oslo und ein Abwandern ins Ausland. Nichts davon ist passiert. Zehn Jahre später ist Norwegen immer noch eines der reichsten Länder, die Wirtschaft wächst und kein einziges Unternehmen wurde aufgelöst. Heute sind Frauen aus den norwegischen Chefetagen nicht mehr wegzudenken. In

85 Prozent aller Aufsichtsräte und in 77 Prozent der Geschäftsführungen der großen norwegischen Unternehmen ist zumindest eine Frau vertreten. Obwohl es in Schweden keine Quoten gibt, ist der dortige Anteil von Frauen in Führungspositionen mit den norwegischen Zahlen vergleichbar. Ein Vergleich mit Österreich löst hingegen bei der Norwegerin Hoel ungläubiges Kopfschütteln aus. „Firmen, die die Ressourcen von Frauen nicht nützen, sind dumm.“

Um eine ähnliche Beschleunigung bemüht sich nun auch die deutsche Bundesregierung. Bei Neubesetzungen in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen muss bei unseren Nachbarn ab 2016 ein Frauenanteil von mindestens 30 Prozent erfüllt werden. Wird diese Quote nicht erreicht und der frei gewordene Posten nicht mit einer Frau nachbesetzt, muss er frei bleiben. Derzeit gibt es auch auf europäischer Ebene Vorstöße für eine Frauenquote, die ab 2020 in den Leitungsorganen börsennotierter europäischer Unternehmen einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent verwirklichen soll. Wenn diese Bestrebungen in einer Richtlinie enden, müsste auch Österreich eine Frauenquote festlegen. Wenn nicht, dann prognostiziert Marit Hoel einen weiterhin schlep-penden Anstieg von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen.

Der Boden wird knapp

Fruchtbarer Boden ist eine wichtige Basis. Oft wird aber mit dieser Grundvoraussetzung für menschliches Leben sehr unüberlegt umgegangen.

DAS EINKAUFSZENTRUM mit dem großen Parkplatz, die Reihenhaussiedlung und die neue Umfahrungsstraße; das alles braucht Platz. Dieser Platz steht für anderes nicht mehr zur Verfügung, schon gar nicht mehr für den Anbau von Lebensmitteln. Im Gewerbepark kann in den Leerstand eine neue Firma einziehen, wieder ein Weizenfeld daraus zu machen ist fast ein Ding der Unmöglichkeit.

In Österreich werden täglich 22,4 ha Boden für Verkehr, Gebäude, Infrastruktur und Freizeitverbräucher verbraucht. Pro Jahr ist das die Fläche der Stadt Salzburg. Ein Viertel davon wird versiegelt und dadurch verlieren die Böden sämtliche biologischen Funktionen wie die Speicherung von CO₂ und Wasser. Häufig werden besonders ertragreiche Böden verbaut. Österreich gehört zu den am stärksten zersiedelten Ländern Europas, der Flächenverbrauch pro Kopf ist bei uns doppelt so hoch wie in Deutschland.

Versiegelte Flächen nehmen zu

37% der Gesamtfläche Österreichs sind für Siedlungs- und Verkehrstätigkeiten sowie für die Landwirtschaft verwendbar. Bezogen auf den Dauersiedlungsraum nehmen die versiegelten Flächen mehr als 6% ein. Etwa die Hälfte aller neu errichteten Wohnbauten sind Einfamilienhäuser. Diese machen mittlerweile drei Viertel der zwei Millionen Gebäude in Österreich aus. Es wird eindeutig in die Breite gebaut, nicht in die Höhe oder Tiefe. Gleichzeitig nehmen in Österreich die ungenutzten Industrie-, Gewerbe- und Wohnbrachflächen zu. Bereits vor zehn Jahren schätzte das Umweltbundesamt den Zuwachs an Brachflächen (ohne Wohnbrachflächen) auf 11 km² im Jahr.

Das Problem spiegelt sich auch auf europäischer Ebene wider. „Laut der Europäischen Umweltagentur haben sich seit den 1950er Jahren die Stadtflächen in der EU um 78% vergrößert. Die Bevölkerungszahl ist aber nur um 3% gestiegen. Durch die Flächenversiegelung gehen täglich 275 ha Boden dauerhaft verloren. Im Jahr sind dies 1.000 km², womit alle zehn Jahre eine Fläche in der Größe von Zypern zusammenkommt“, skizziert die Europaabgeordnete Elisabeth Köstinger die Dimension des Bodenverlusts, „abgesehen von der Flächenversiegelung ist auch die Verschlechterung der Bodenqualität in Europa ein ernsthaftes Problem. Die EU muss dazu beitragen, dass sich die Bodenqualität weiter verbessert, kann aber nur ergänzend zu lokaler und nationaler Ebene agieren.“

Brauchen auch Boden anderswo

Fast alle Güter – Lebensmittel, Tierfutter, Textilien oder Brennstoffe –, die wir in der EU verbrauchen, benötigen Boden. Durch den Import dieser in anderen Ländern und Erdteilen produzierten Güter beanspruchen wir auch Boden in anderen Teilen der Welt. 60% der für den europäischen Bedarf notwendigen Flächen befinden sich heute außerhalb der EU. Dieses als Landimport bezeichnete Phänomen übt zusätzlichen Druck auf Agrarflächen in anderen Regionen aus. „Der Zugang zu fruchtbaren Böden ist Basis für Frieden, Stabilität und die Sicherheit der Menschen“, machte Monique Barbut, Generalsekretärin der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung, bei ihrem Besuch in Wien deutlich. Ein verantwortungsvoller und langfristig ausgelegter Zugang zum Thema Boden ist auch angesichts des Klimawandels überfällig.

RÜCKBLICK

BODENCHARTA 2014



Auf Initiative des Ökosozialen Forums unterzeichneten neun weitere Organisationen – Klimabündnis, Gemeindebund, Ministerium für ein lebenswertes Österreich, Landwirtschaftskammer Österreich, Umweltbundesamt, die Österreichische Hagelversicherung, Handelsverband, Bundesforschungszentrum für Wald und b5-corporate soil competence – die Bodencharta 2014. Alle Organisationen bekennen sich damit dazu, den massiven Bodenverbrauch stoppen und die Ressource Boden nachhaltig schützen zu wollen. Auch die Generalsekretärin der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) Monique Barbut und die Abgeordnete zum Europäischen Parlament Elisabeth Köstinger waren bei der Unterzeichnung dabei.



Denkanstoß

von Stephan Pernkopf,
Präsident des
Ökosozialen Forums

DENK.STOFF. Das ist die neue Zeitung des Ökosozialen Forums. Wir haben viele gute Ideen, die die Welt ein Stück besser machen (könnten). Aber wir brauchen Unterstützer. Wir brauchen Sie. Darum wollen wir Ihnen drei Mal im Jahr denk.stoff liefern und sie für unsere Ideen begeistern. In unserer ersten Ausgabe widmen wir uns dem Thema Energie.

Dass fossile Energie von gestern ist, ist schon lange kein Geheimnis mehr. Man kann sagen: „Öl ist Macht. Solange der Vorrat reicht.“ Auch die Atomkraft ist keine Zukunftsenergie und darf unter keinen Umständen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes gefördert werden. Das wäre ein Rückschritt hoch zwei. Um zu veranschaulichen, wie viele Länder noch Atomkraftwerke im Einsatz haben, liegt unserer Ausgabe eine Übersicht bei.

Die vor kurzem von der Europäischen Kommission präsentierten Leitlinien für die staatlichen Förderungen von erneuerbaren Energien sind unzureichend. Die neue Leitlinie hat eine Verschlechterung der Möglichkeiten zur Förderung erneuerbarer Ökostromproduktion zur Folge. Die Kommission plant hingegen eine Verbesserung der Fördermöglichkeiten für fossile Energieinfrastruktur.

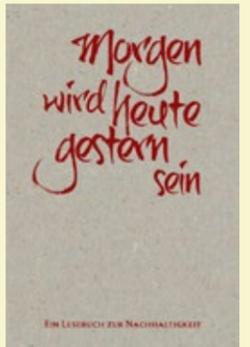
Es ist auch bedauerlich, dass die regionale Ebene und die spezifischen Bedingungen in den Regionen so wenig Berücksichtigung finden. Regionale Betriebe haben häufig nicht die finanziellen Ressourcen, um sich an großen Ausschreibungen zu beteiligen. Der Trend hin zu einer dezentralen Energieversorgung wird in den Leitlinien nicht ausreichend berücksichtigt, dadurch kann die positive Entwicklung gehemmt werden. Genau das darf allerdings nicht der Fall sein. Es ist viel mehr wichtig, dass alle Mitgliedsländer die regionalen Gegebenheiten berücksichtigen und die Energiewende selbst steuern können.

LESE.STOFF

MORGEN WIRD HEUTE GESTERN SEIN. EIN LeseBUCH ZUR NACHHALTIGKEIT

Ausgehend vom Mahatma-Gandhi-Zitat „Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt“ hat das Forum Umweltbildung ein Lesebuch zur Nachhaltigkeit herausgegeben. In „Morgen wird heute gestern sein“ finden sich kurze Geschichten, Gedichte, Songtexte und Zitate. Sie alle sollen den Begriff Nachhaltig erfahrbar machen, ohne ihn in den Mittelpunkt zu stellen. Das Buch eignet sich sehr gut für SchülerInnen und kann vor allem im Unterricht gut eingesetzt werden. Aber auch für alle anderen ist es empfehlenswert. Vielleicht weil auch ein Stück Kindheit von uns allen enthalten ist: Pippi Langstrumpf war mit ihrem „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt“ schon eine echte Vorreiterin für Nachhaltigkeit.

TASCHENBUCH: 114 Seiten | HERAUSGEBER: FORUM Umweltbildung im Umweltdachverband, 2013
ISBN: 978-3-900717-74-2 | PREIS: EUR 8,00



NACHHALTIG LEBEN. BEWUSST KAUFEN, SINNVOLL VERWENDEN. ALTERNATIVEN ZUM WEGWERFEN Susanne Wolf

Eigentlich gibt es mittlerweile viel zu viele davon: Ratgeber für ein nachhaltiges Leben. Wenn wir uns aber unsere aktuelle Lebensweise ansehen, sind sie anscheinend notwendig denn je. Ja, man kann mit dem eigenen Konsumverhalten einen Beitrag zu einer „besseren“ Welt leisten. Davon ist auch Susanne Wolf überzeugt. Ihr Buch gibt Tipps und Anregungen für alle Bereiche des privaten Alltags. Ob beim Einkauf von Lebensmitteln und so genannten Lifestyleprodukten oder der Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, ob bei Arbeiten im Haushalt oder bei der Gestaltung unserer Freizeit, überall ergeben sich Gelegenheiten, Aspekte des Umweltschutzes und ethische Wertvorstellungen zu berücksichtigen. Und das ganz ohne Einschränkung der Lebensqualität. Jeder und jede kann aus den gebotenen Vorschlägen das Passende auswählen und selbst entscheiden, wie weit er oder sie gehen kann bzw. will, um unsere Welt ein bisschen besser zu machen.

GEBUNDENE AUSGABE: 160 Seiten | HERAUSGEBER: Verein für Konsumenteninformation, 2013
ISBN-13: 978-3-990130-28-5 | PREIS: EUR 14,90



IMPRESSUM

HERAUSGEBER & VERLEGER: Ökosoziales Forum Österreich, Herrengasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 759206393, Telefon: +43 (0) 1/253 63 50-0, Fax: +43 (0) 1/253 63 50-70, info@oekosozial.at, www.oekosozial.at

REDAKTION: Michaela Hickersberger (Leitung), Clemens Matzer, Hans Mayrhofer, Annette Weber | LAYOUT & SATZ: trafikant. Handel mit Gestaltung, 1050 Wien | Grafisches Konzept: trafikant. Handel mit Gestaltung, 1050 Wien | FOTOS: wenn nicht anders angegeben, Archiv | DRUCK: Alwa & Deil Druckerei GmbH 1140 Wien | Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

OFFENLEGUNG GEM. § 25 DES MEDIENGESETZES: MEDIENINHABER: Ökosoziales Forum Österreich, Herrengasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 759206393 | VEREINSZWECK: Das Ökosoziale Forum Österreich dient der Weiterentwicklung, Vertiefung und Verbreitung des ökosozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells, das auf den europäischen Werten im Sinne der Charta der Grundrechte der Europäischen Union beruht und in dem Marktwirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Ökologie gleichrangig miteinander verbunden sind und nachhaltig betrieben werden. GESCHÄFTSFÜHRUNG: Hans Mayrhofer | MITGLIEDER DES VORSTANDES: Stephan Pernkopf, Franz Fischler, Josef Riegler, Erwin Hameseder, Monika Langthaler-Rosenberg, Felix Montecuccoli, Gerhard Wlodkowski, Daniela Andratsch, Jakob Auer, Christoph Badelt, Helmut Eiselsberg, Franz Essl, Martin H. Gerzabek, Sonja Hammerschmid, Harald Mahrer, Christian Mandl, Reinhard Mang, Johann Marihart, Florian Leregger, Siegfried Nagl, Michael Oliver, J. Hanns Pichler, Walter Rothensteiner, Hans Sailer, Friedrich Schneider, Gabriela Tröstl, Walfried Wutscher | GRUNDLEGENDE RICHTUNG: denk.stoff liefert Denkanstöße zu Fragen der Nachhaltigkeit und berichtet über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Jede Ausgabe setzt sich aus Analysen, Interviews und Buchtipps zusammen. Veröffentlichte Texte und Bilder gehen in das Eigentum des Verlages über, es kann daraus kein wie immer gearteter Anspruch, ausgenommen allfällige Honorare, abgeleitet werden. | Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist auch unter www.oekosozial.at/offenlegung abrufbar.

